

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 2

Ausgegeben am 8. Oktober 1920

39. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Zum Parteitag in Kassel

Von Heinrich Cunow

Schwere graue Wolken hängen über Mitteleuropa. Die Hoffnung, die am Schlusse des im Juni vorigen Jahres in Weimar abgehaltenen Parteitags so manche Herzen erfüllte, der nächste Parteikongreß werde unter weit günstigeren politischen und wirtschaftlichen Umständen seine Sitzungen abhalten können, hat sich nicht verwirklicht. Die über den Ländern Europas liegende drohende Gewitterspannung hat sich im Gegenteil noch vergrößert. Mancher Spuk, der den vorigen Parteitag beschäftigte, wie die Frage »Räte-system oder demokratische Reichsverfassung«, kann heute zwar als erledigt gelten. Einzelne der damals in Weimar gehaltenen oppositionellen Reden muten uns, wenn wir sie heute nachlesen, fast an, als wären seit der Weimarer Tagung Jahrzehnte verflossen — so fern liegen uns die ihnen zugrunde liegenden Gedankengänge. Die Erfahrungen eines einzigen wechselreichen Jahres haben sie überholt. Ist auch unsere Partei, wie die Neue Zeit in ihrem Artikel zum Weimarer Parteitag mahnte, noch nicht aus dem Turm ganz herausgetreten, spielen auch alte überlebte Traditionen, Agitations- und Oppositionsmethoden noch immer eine große Rolle in unserer Partei, so hat sie doch einzelne Torflügel aufgestoßen, die aus der Enge der alten Behausung in einen freieren Wirkungskreis führen. Die Partei findet sich — davon zeugt mehr noch als das vom Parteivorstand herausgegebene Programm-buch die in unseren Parteiblättern und Parteiversammlungen über taktische Fragen gepflogene Diskussion — mehr und mehr in die durch die Revolution aufgeworfenen Probleme und Forderungen hinein. Der einstige revolutionäre Drang in neue, noch unentdeckte politische Fernen konzentriert sich auf Gegenwart und nächste Zukunft. Man fordert anstatt Zukunftsspekulationen Gegenwartsaktionen im Anschluß an die wirtschaftliche Gesamtlage und die sich aus dieser ergebenden dringenden Fragen.

Das zeugt von einem gesunden Gegenwärtstreiben, das voraussichtlich im weiteren Verlauf auch zu einer stärkeren Beachtung der realpolitischen Momente in unserer Parteitaktik und zu einer festeren inneren geistigen Konsolidation der Partei führen wird. Aber verkehrt wäre es, daraus zu folgern, daß der Einfluß der Arbeiterklasse auf des neuen Deutschen Reiches Geschick sich in nächster Zeit steigern müßte, selbst wenn die Entwicklung der Verhältnisse einige Führer der Sozialdemokratischen Partei dazu nötigen sollten, wieder in das Reichskabinett einzutreten. Der Vorteil einer festeren inneren Gliederung unserer Partei wird wahrscheinlich mehr als ausgeglichen werden durch die zunehmende Zerfetzung der Unabhängigen Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei. Zweifellos ist der sich im Lager der Unabhängigen vollziehende Zerfetzungsprozeß eine Notwendigkeit. Eine

Partei, die nicht auf bestimmten politischen Erkenntnissen, nicht auf klaren Einblicken in das Wirtschaftsgetriebe, sondern auf vagen Zukunftsspekulationen, wechselnden Stimmungen und Verstimmungen beruht, muß nicht nur, wenn an sie die gebieterische Forderung des Verzichts auf die bloße Negation und der praktischen Beteiligung an den Regierungsgeschäften herantritt, notwendig versagen, sie muß auch mehr und mehr in sich zerfallen. Durch die rauhen Winde der politischen Entwicklung vernichtet, zerflattern die schönen Zukunftshoffnungen, die Masse fühlt sich in ihren Erwartungen getäuscht — und nun entstehen allerlei Meinungsverschiedenheiten über den weiter einzuschlagenden Weg. Schon kurz nach dem Würzburger Parteitag hat denn auch die Neue Zeit (Nr. 13 vom 28. Dezember 1917, 36. Jahrgang, 1. Band) in einer Polemik gegen Otto Bauer, der die Auflösung unserer Partei nach dem Kriege und den Antritt ihres Erbes durch die Unabhängigen prophezeit hatte, die völlig unsichere Basis der Unabhängigen nachgewiesen und daraus die Folgerung gezogen, daß die U. S. P. schon bald nach dem Kriege innerlich zerfallen würde. Und seitdem haben wir immer wieder, besonders in dem Artikel »Partei- und Klassendifferenzierung« der Nummer vom 14. März 1919 auf die Verschiedenartigkeit der Grundauffassungen innerhalb der Reihen der U. S. P. hingewiesen und daraus das unvermeidliche Eintreten einer Spaltung gefolgert — freilich glaubten wir damals, nur drei Richtungen in der sogenannten »unabhängigen« Partei konstatieren zu können, heute sind es vier.

Die Zersetzung der U. S. P. ist also sicherlich nichts Überraschendes, sondern ein sich mit innerer Notwendigkeit vollziehender Prozeß; aber darüber darf nicht übersehen werden, daß er nur die Einleitung zu einer noch weiteren Zerklüftung der Arbeiterbewegung und damit zu vermehrter gegenseitiger Anfeindung, Hemmung und Hinderung bildet, die die politischen Kräfte der Arbeiterschaft und ihren nachhaltigen Druck auf die Regierungsmaschinerie noch mehr schwächen muß, als das schon bisher der Fall war. Erfolgt auf dem Parteitag der Unabhängigen in Halle eine Scheidung zwischen »Moskowitern« und »Crispianianern«, so wird es kaum bei dieser Scheidung bleiben, denn die U. S. P. stellt eine derartige Vereinigung von unvereinbaren gegensätzlichen Auffassungen dar, daß wahrscheinlich bald eine weitere Spaltung folgen wird. Und auch die innere Geschlossenheit der kommunistischen Partei, in deren Gliedern ebenfalls der Spaltungsbazillus bohrt, wird durch den Anschluß der Gefolgschaft von Däumig, Adolf Hoffmann usw. nicht gefördert. Die weitere Zersplitterung der sozialistischen Arbeiterschaft in verschiedene einander bekämpfende politische Parteien und Sekten ist aber um so schädlicher, als in den nächsten Monaten nicht nur Preußen vor Neuwahlen zum Landtag steht, sondern wahrscheinlich auch im nächsten Frühjahr wiederum Reichstagswahlen stattfinden und diesen Wahlen alsbald eine Neubildung des Reichsministeriums und des preußischen Staatsministeriums folgen dürfte.

Immerhin so verderblich sich in ihren Folgen die Abzweigung der Unabhängigen von der alten Sozialdemokratie erweist, schlimmer noch sieht es auf dem Gebiet der Auslandspolitik aus. Trotz des einst so vielgepriesenen Völkerbundes, der Konferenzen von San Remo und Spaa und des Geredes von der wirtschaftlichen Interessenverbundenheit der Völker Europas besteht, durch die französischen Bajonette gestützt, der Zwangsfriedensvertrag von

Versailles in vollem Maße zu Recht, und die Hoffnung, daß Frankreich in irgendeine Annullierung wesentlicher Bestimmungen dieses Vertrags willigen wird, ist heute nach der Erwählung Millerands zum Präsidenten der französischen Republik noch weniger begründet als während des ganzen zur Neige gehenden Jahres, zumal die französische sozialistische Partei fast jeden Einfluß auf die offizielle Politik Frankreichs verloren hat. Daß aber das britische Kabinett unter Lloyd Georges Führung, mag die englische Bourgeoisie immerhin manche anderen kontinentalen Interessen als die französische haben und über einzelne Passagen der Millerandschen Außenpolitik verstimmt sein, leichthin mit Frankreich brechen wird, ist kaum anzunehmen, selbst wenn bei Nichteinhaltung der Versailler Zwangsbestimmungen durch das gequälte deutsche Volk die französische Regierung zur Besetzung weiterer deutscher Gebiete greifen sollte. Lloyd George wird sich immer auf ein gewisses Hemmen, Abdingen und Mildern französischer Ansprüche beschränken. Zu einem wirklich energischen Auftreten gegen Frankreich, auch auf die Gefahr eines offenen Konfliktes hin, wird sich die englische Regierung erst dann verstehen, wenn die englische Arbeiterpartei bei den nächsten Parlamentswahlen einen entschiedenen Wahlsieg erringen sollte und damit einen entscheidenden Einfluß auf Englands Wirtschaftspolitik erlangt.

Anzufriedener mit der brüskten französischen Nachtpolitik in Mitteleuropa ist aus begreiflichen Gründen Italiens Regierung; aber diese ist an die Entente gebunden, sowohl durch Rücksichten auf ihre eigene prekäre Lage und ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von England und Frankreich wie durch ihr Angewiesensein auf die Unterstützung des französischen Kabinetts bei der Verfolgung ihrer antijugoslawischen Pläne auf dem Ostufer der Adria.

Hinzu kommt, daß die von der Entente unter Berufung auf das Nationalitätsprinzip, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und andere ähnliche Grundsätze in Europa vorgenommene Gründung neuer Staaten sich immer mehr als völlig unhaltbar erweist und bereits zu einem heftigen Nationalitätenstreit geführt hat: zu blutigen Kämpfen zwischen Rußland und Polen, Grenzstreitigkeiten zwischen Polen und Litauen, polnischen Megeleien in Oberschlesien und versteckten Rüstungen Ungarns gegen Deutschösterreich und Rußland.

Eine wesentliche Änderung des Versailler Friedensvertrags ist erst zu erhoffen, wenn Rußland Polen niederwirft, in England die Arbeiterpartei als entscheidende Gruppe ins Unterhaus zieht, in den Vereinigten Staaten von Amerika bei der bevorstehenden Präsidentenwahl der republikanische Präsidentschaftskandidat über den demokratischen siegt, die Spannung zwischen dem amerikanischen und britischen Imperialismus sich erweitert und zugleich die Sinnfeinerbewegung in Irland sich noch schärfer gegen die englische Regierung zuspitzt. Aber wann, wie und unter welchen Umständen werden diese am politischen Horizont als drohende Gewitterwolken auftauchenden Möglichkeiten eintreten?

In dieser kritischen, unter starkem außenpolitischem Druck stehenden Lage ist es unzweifelhaft am besten, wenn der Kasseler Parteitag darauf verzichtet, große weitreichende Zukunftsprobleme aufzurollen, und wenn er sich auf die Kritik der in jüngster Zeit befolgten Taktik, auf die Selbstverständigung über die zunächst in Angriff zu nehmenden drängendsten Forde-

rungen und, soweit dies möglich ist, auf die Befestigung der Kampfstellung unserer Partei beschränkt. Obnehin ist die Zeit vorüber, wo man von den Parteitagungen einen mächtigen Anstoß zur Vorwärtsbewegung, neue Lebensantriebe und neue Aktionsimpulse erwartete. Derartige Impulse liefert die heutige revolutionäre Zeitströmung mit ihrer Aufwerfung immer neuer Fragen zur Genüge. Je mehr sich die Arbeiterbewegung ausbreitet und sich lokale Zentren schafft, in denen sich ein eigenes selbständiges Parteilieben entwickelt, desto mehr wird die Selbstkritik und Selbstverständigung über die verschiedenen Parteierscheinungen, das gegenseitige Sichausprechen und das Sicheinigwerden über das zunächst zu Unternehmende zur wichtigsten Aufgabe der Parteitage.

Diesem Zwecke dient auch die festgesetzte Tagesordnung des Kasseler Kongresses. Der Bericht des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion wird voraussichtlich den größten Teil der Sitzungen in Anspruch nehmen; denn gar manches ist geschehen, was zur Kritik herausfordert. Zudem aber bieten diese Punkte der Tagesordnung Gelegenheit, sich darüber zu verständigen, welche Stellung die Partei zu der heutigen Regierungskoalition einnehmen und unter welchen Bedingungen sie gegebenenfalls in die Koalition wieder eintreten soll, sowie ferner, wie sie sich zu den Streitigkeiten innerhalb der U. S. P. zu verhalten hat.

Auch der Bericht über die Entwicklung der Parteiorganisation und den Bestand der Parteikasse, ihre Einnahmen und Ausgaben, darf auf besonderes Interesse rechnen. Er zeugt von einem stattlichen Aufschwung der Partei. Zwar ist nach dem stürmischen Anwachsen der Zahl der Parteimitglieder in den ersten Monaten der Revolution eine gewisse Abflauung eingetreten; immerhin wächst die Organisation noch beständig. Sie zählte zur Zeit der statistischen Aufnahme insgesamt 1 180 208 eingeschriebene Mitglieder. Infolge dieses Mitgliederzuwachses haben auch die Beitragseinnahmen der Parteihauptkasse beträchtlich zugenommen. Sie stellen sich für das abgelaufene Rechnungsjahr auf nicht weniger als 1 434 000 Mark. Erfreulich ist ferner die Zunahme der Parteiblätter. Ihre Zahl stieg im Berichtsjahr von 95 auf 147.

Möglich, daß auch der vom Genossen Meerfeld zu erstattende Bericht über den Genfer Internationalen Sozialistenkongress eine Debatte hervorrufen wird, denn mag auch für manche Parteimitglieder in Respektierung einer alten Parteiüberlieferung jeder internationale sozialistische Kongress noch immer ein »Wendepunkt« oder »Markstein« auf dem Wege zur Verwirklichung des Sozialismus sein, so haben doch gewisse Vorgänge auf der Genfer Tagung Bedenken erregt. Die Frage liegt nahe, ob denn in der heutigen prekären politischen und wirtschaftlichen Lage Europas angesichts des neuentfachen Kriegsbrandes im Osten die Konferenz in Genf wirklich nicht dringendere Aufgaben hatte, als erneut über alte Schuldfragen zu debattieren und lange Resolutionen auszubrüten, von denen schon heute manche der an ihrer Stillisierung Beteiligten kaum mehr wissen dürften, was eigentlich darinsteht. Daß durch eine derartige »Aktualität« die sogenannte Zweite Internationale der Moskauer Dritten Internationale einen Teil des an diese verlorengegangenen Terrains wieder abringt, glaubt wohl niemand.

Neben dieser Berichterstattung über die parlamentarische und innerorganisatorische Parteitätigkeit wird sich der Kasseler Kongress vornehmlich mit

der Frage der Aufstellung eines neuen Parteiprogramms und den Vorschlägen zur Linderung der Wohnungsnot beschäftigen. Über die Vorarbeiten zur Beratung des Programms und die dafür von einer Reihe Parteigenossen ausgearbeiteten Vorschläge hat die Neue Zeit bereits in ihrer vorigen Nummer ausführlich berichtet, und die gegenwärtig in Deutschland herrschende Wohnungsnot schildert anschaulich in vorliegender Nummer Genosse Sachs, so daß sich ein nochmaliges Eingehen auf beide Themata an dieser Stelle erübrigt.

Die sozialdemokratischen Parteitage waren bisher Tage der Arbeit, und an Arbeit wird es auch in Kassel nicht fehlen. Voraussichtlich wird es weit mehr Arbeit geben, als die Tagesordnung verheißt. Wir wünschen, daß diese Arbeit nicht unnütz geleistet werde, daß sie vielmehr beitragen möge zur Einheitlichkeit, Geschlossenheit und Kampfbereitschaft unserer Partei; denn wenn nicht alles fruchtet, stehen uns in nächster Zeit harte, aufreibende Kämpfe bevor.

Die Ostmark und die Klassiker der deutschen Sozialdemokratie

Von Dr. Gustav Mayer

Als N. Rjasanoff 1916 in dem von Professor Karl Grünberg geleiteten Archiv für Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus alles zusammenstellte, was nach seiner umfassenden Kenntnis auch der entlegensten Quellen Marx und Engels während ihres ganzen Lebens über die Polenfrage geäußert haben, da lag noch kein Grund vor, der Frage, die uns hier beschäftigen soll, eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Selbst die größten Schwarzseher in Zentraleuropa konnten damals nicht ahnen, was heute Wirklichkeit geworden ist. Niemand sah voraus, daß 1920 Ostpreußen eine vom deutschen Körper abgetrennte Insel im slawischen Meer, Danzig und Bromberg von Deutschland losgerissen, die Zugehörigkeit Oberschlesiens zu unserem Wirtschaftskörper, der ohne es nicht leben kann, in Frage gestellt sein würde.

Und nun vergegenwärtigen wir uns die noch viel weiter zurückliegende Zeit, in der Marx und Engels zur polnischen Frage Stellung nahmen. Ihnen wie der ganzen deutschen Demokratie im neunzehnten Jahrhundert galt Polen als das Opfer des Zarisismus, als der damals einzige Träger des revolutionären Gedankens innerhalb der slawischen Welt. Polen in der Gewalt der russischen Selbstherrscher, das bedeutete für sie eine ständige Bedrohung der europäischen Kultur, die Hegemonie des russischen Militärdespotismus, die Preußen und Österreich im reaktionären Lager festhielt, die »mongolische Herrschaft über die moderne Gesellschaft«. ¹ Aus solchem Geiste heraus schrieb Marx während des polnischen Aufstandes von 1863 in einem Brief an Engels ² Deutschland ein »militärpolitisches Interesse an der Wiederherstellung Polens« zu. Die beiden großen Freunde würden es als das Spiel einer kläglichen Phantastie verlacht haben, hätte ihnen jemand

¹ Rjasanoff in Grünbergs »Archiv für die Geschichte des Sozialismus«, VI, S. 203.

² Briefwechsel zwischen Engels und Marx, III, S. 117.